

7. VII. 1917

7

167

**Das Anstellen vor den Lebensmittelgeschäften.**

Budapest, 6. Juli.

Oberstadthauptmann Dr. Ladislaus v. Sándor, der bekanntlich den lobenswerten Vorstoß gefaßt hat, das Publikum von dem qualvollen Zwange des Anstellens vor den Lebensmittelgeschäften zu befreien, suchte heute mittag im Zentralstadthause den Magistratsrat Ludwig v. Follusházy auf, um mit ihm die zur Erreichung des angestrebten Zieles zu treffenden Maßregeln zu besprechen. Die Unterredung war nur von kurzer Dauer, da für Nachmittags in derselben Frage eine Sitzung der Zehner-Kommission anberaumt wurde. Man vereinbarte bloß, daß der Oberstadthauptmann seine Organe anweisen wird, den Verschleiß der von der Hauptstadt den Lebensmittelgeschäften überwiesenen Waren streng zu kontrollieren, namentlich darauf zu achten, daß die Geschäfte ihre Vorräte ganz ausverkaufen und keinen Kunden abweisen, wenn sie noch über Ware verfügen.

**Beschlüsse der Zehner-Kommission.**

Nachmittags 5 Uhr hielt die Zehner-Kommission für Volksernährung im Zentralstadthause eine vertrauliche Sitzung, deren Hauptgegenstand die Verhinderung des Anstellens vor den Lebensmittelgeschäften bildete.

Den Vorsitz führte Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy; außer den Mitgliedern der Zehnerkommission waren anwesend: in Vertretung des Landes-Volksernährungsamtes Ministerialsektionsrat Dr. Johann Bud, ferner Oberstadthaupt-

mann Dr. Ladislaus v. Sándor, Vizebürgermeister Dr. Theodor Bödy, Magistratsrat Ludwig v. Follusházy, die Obernotäre Eduard Bajna und Konstantin Szantovics, Markthallendirektor Ferdinand Ziegler, Marktdirektor Dr. Szabó der Direktor des Lebensmittelbetriebs Samuel Reich, in Vertretung des Zentral-Mehlamtes Dr. Illhefalvy u. a.

Ueber die zur Verhandlung angelegte schwierige Frage entwickelte sich ein lebhafter Gedankenaustausch, der manche gute Idee aufwarf. Die Frage ist nur, ob und in welchem Maße die Ideen in der Praxis werden verwirklicht werden können.

In längerer Rede, der die Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit folgten, wies Magistratsrat Ludwig v. Follusházy auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, die sich der Lösung dieser Frage entgegenstellen, doch werde die Hauptstadt nach wie vor keine Mühe scheuen, um die Verhältnisse nach Möglichkeit zu bessern und das Anstellen vor den Geschäften soweit als möglich einzuschränken. Hand in Hand mit der Polizei werde die Hauptstadt bestrebt sein, dem Publikum die Beschaffung von Lebensmitteln zu erleichtern.

Eingehend erörterte der Magistratsrat die Ursachen des Anstellens. Als die Hauptursache bezeichnete er den Mangel an Lebensmitteln; verfügte die Hauptstadt über größere Vorräte, könnte sie auch die Käufer reichlicher versehen, die dann eine größere Anzahl von Kunden befriedigen könnten. Ein weiterer Uebelstand sei der Mangel an zuverlässigem, geschultem Geschäftspersonal, das unbedingt vermehrt werden müßte. Leider sei geeignetes Personal kaum zu finden, obwohl die Hauptstadt schon lange bestrebt sei, neue Kräfte anzuwerben.

Im Laufe der Debatte machte sich die Ueberzeugung geltend, daß durch eine Dezentralisierung des Lebensmittelverschleißes sich das Uebel des Anstellens wesentlich mildern ließe. In je mehr Geschäften Lebensmittel zu haben sein werden, desto rascher wird das Publikum befriedigt werden können.

Sehr vernünftig ist der Beschluß der Konferenz, die Zahl der Mehll Kommissionen zu vermehren. Denn nicht nur vor den Geschäften muß sich das Publikum anstellen, auch in den Lokalen der Mehll Kommissionen muß es oft halbe Tage verbringen, bis es mit den ihm gebührenden Lebensmittelkarten versehen ist. Die Kommission sah nicht ein, weshalb nicht wenigstens hier das Anstellen verhindert werden könnte. Da dies nur in der oben angeführten Weise möglich ist, wird eben noch eine Anzahl Mehll Kommissionen gebildet werden.

Der Gemüsemangel, über dessen Ursachen wir im heutigen Abendblatte berichtet haben, war ebenfalls Gegenstand eingehender Erörterung. Einige Redner bezeichneten es als großen Fehler, daß die Regierungsverordnung über die Regelung des Gemüseverkehrs erst heute, im Juli, erschienen sei und nicht schon im Dezember. Die Durchführung der Verordnung werde erst zu einer Zeit erfolgen können, da es kein Gemüse mehr geben werde. Die Kommission sprach sich dafür aus, daß das Gemüse requiriert, das Land in Gemüserayons eingeteilt werde; als unerlässlich wurden ferner die Festsetzung von Höchstpreisen für Gemüse im ganzen Lande, sowie eine Einschränkung der Ausfuhr bezeichnet. Nur wenn der Bedarf des Landes gesichert ist, soll Gemüse exportiert werden dürfen.

Um halb 9 Uhr wurde die Konferenz geschlossen. Demnächst werden die Beratungen fortgesetzt.